

DENIZ UTLU

FÜR TRAUER UND ZORN

PLÄDOYER GEGEN EINE ÖKONOMIE DES GEDENKENS

Im November 2011 wurde durch eine Explosion schlagartig bekannt, dass eine Nazi-Terrororganisation, der sogenannte Nationalsozialistische Untergrund (NSU), zehn Jahre lang in der gesamten Bundesrepublik Migranten oder deren Nachkommen gemordet hatte. Für die meisten war dies – aus unterschiedlichen Gründen – ein Schock. Die unterschiedlichen Gründe für den Schock erzeugten einen Bedarf an unterschiedlichen Formen des Gedenkens, die sich zum Teil widersprechen oder gar gegenseitig ausschließen.

Immer gab es etwas einzuwenden gegen die eine oder andere Form des Gedenkens. Beim Schweigen gegen das Schweigen sagten einige: «Reden, nicht schweigen, es wurde lang genug geschwiegen», ein Auto-Korso sei nicht adäquat, Petition: Uneinigkeit über «bestimmte Punkte». Das Bedürfnis, etwas zu tun, blieb unbefriedigt, obwohl so viel getan wurde. Alle hatten recht mit ihren Einwänden: Es gibt kein richtiges Gedenken im falschen Diskurs.

Angemessenes Gedenken ist erst möglich, wenn sich Trauer nicht mit einem Kampf um einen Ort in dieser Gesellschaft, um eine Aneignung von Geschichte, um eine Aushandlung des Diskurses vermischt. Oder positiv ausgedrückt: wenn Trauer für sich steht, keine Legitimation braucht und immun gegen jede Instrumentalisierung ist. Dann kann eine emotionale Enteignung der Trauer durch den politischen Diskurs wieder rückgängig gemacht werden.

I TRAUER ALS POLITISCHER RAUM

Halit Yozgat, Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides und Mehmet Kubaşık: Die Opfer können nicht mehr sprechen. Sie können nicht anklagen. Sie können nicht vergeben. Genau diese Tatsache macht das Gedenken notwendig und scheinbar unmöglich zugleich. Jede Rede, jede Beileidsbekundung läuft aufgrund der Mittelbarkeit der Erfahrung Gefahr, ein Ort der Projektion eigener Vorstellungen zu sein oder für politische Interessen instrumentalisiert zu werden. Ein Gedenken, das ein Denken an die Getöteten sein will und nicht bei den MörderInnen und der Gesellschaft, die sie hervorgebracht hat, verweilt, stellt sich als schwierig dar.

Dass dies dennoch gelingen kann, demonstrierte Semiya Şimşek, die Tochter des ermordeten Enver Şimşek, in ihrer Rede bei der staatlichen Gedenkveranstaltung für die Opfer des NSU am 23. Februar 2012 im Konzerthaus Berlin. Semiya Şimşek sprach nicht aus der Position einer Beileidsbekundung und nicht auf Basis von nur mittelbar Erfahrenem, sondern aus einer Position der «emotionalen Trauer» und des Verlusts eines geliebten, eines notwendigen Menschen. ZuhörerInnen waren offizielle RepräsentantInnen der Gesellschaft, wie die Bundeskanzlerin, und über Fernsehen und Internet auch Angehörige von Minderheiten. Şimşeks Rede war in höchstem Maße politisch, ohne eine politische

Instrumentalisierung zuzulassen. Es herrschte eine Sprechsituation, in der ihre Stimme hörbar wurde – in ihrem Sprechen war sie politisch in einem «menschlichen» Sinne. Judith Butler hat in «Die Macht der Geschlechternormen und die Grenzen des Menschlichen» ausgeführt, dass sich im Verlust und in der Trauer die Bedeutung des anderen Menschen für uns widerspiegelt, schließlich ist unser Sein immer auch definiert über unsere Beziehungen zu anderen. Gewalt gegenüber bestimmten Menschen aufgrund ihrer unterstellten Gruppenzugehörigkeit entsteht, wenn ihre bloße Existenz in dem gesellschaftlichen Beziehungsgeflecht für den Gewalttäter «ein Weltverständnis und ein Selbstverständnis radikal» untergräbt.¹

Was hat es zu bedeuten, wenn die Ermordung von diesen Menschen keine Trauer, nicht einmal Empathie für die trauernden Angehörigen auslöst? Was sagt das über unser Verständnis des «Menschlichen» aus, darüber, was ein «Mensch» ist und wer in welchem Maße dieser Kategorie zugeordnet wird? Bezogen auf die Reaktion von Politik und Polizei nach den Gewalttaten gegen AsylbewerberInnen Anfang der 1990er Jahre konstatierten Guido Gebauer, Bernhard Taureck und Thomas Ziegler in ihrem «Plädoyer für eine kulturintegrative Gesellschaft» bereits 1993: «Man kann

¹ Butler, Judith: Die Macht der Geschlechternormen und die Grenzen des Menschlichen, Frankfurt a. M. 2011, S. 61.

sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Asylbewerber in Deutschland nicht mehr als mit Rechten ausgestattete Individuen der Menschengattung behandelt werden.»²

Und was passiert mit jemandem, für den solche Gewalt lediglich ein politischer Skandal ist oder auch nur ein politisches Ereignis, wenn ihm plötzlich «emotionale Trauer» über den Verlust eines Menschen begegnet, wie beispielsweise in der Rede von Semiya Şimşek? Müsste das nicht seine Vorstellung über das, was menschlich ist, irritieren? Indem «emotionale Trauer» zugelassen wird, könnte Gedenken einen gesellschaftlichen Veränderungsprozess einleiten oder wenigstens begünstigen.

Die Bezeichnung «emotionale Trauer» – die hier von Judith Butler übernommen wurde – mag irritieren, stellt sie doch einen Pleonasmus dar, weil Trauer bereits Emotionalität einschließt. Da jedoch Trauer als Affekt im öffentlichen Diskurs und in einer Ökonomie des Gedenkens faktisch so sehr instrumentalisiert wird, dass eine Trauerenteignung stattfindet, ist es sinnvoll und notwendig, ihr eigens den Begriff der «emotionalen Trauer» entgegenzustellen. Durch Semiya Şimşeks Rede wurde diese Trauerenteignung unterlaufen: Ihre Rede durfte ein Gedenken sein, das diejenigen, die selbst Opfer dieses Terrors waren bzw. es potenziell sind, stärkt und die anderen in ihrem Menschlichkeitsbezug irritiert. Ein Gedenken, in dem sich Trauer entfalten darf und politisch wird, nicht weil sie einer Agenda folgt, sondern aufgrund ihrer bloßen Existenz.

Durch diese «emotionale Trauer» könnten nicht nur rechtliche und politische Positionen überdacht werden, sondern auch die ontologischen und epistemologischen Fundamente unserer Gesellschaft und unseres Menschlichkeitsverständnisses. Eine solche emotional fundierte Neuordnung von Positionen und Erkenntnissen zieht sich durch alle Ebenen unseres Seins: durch unser Selbstbild, unser Bild von anderen, unser Begehren und unser Erkennen, unser «Weltverständnis», kurz: durch unsere Positionierung zu allem, was wir bis heute erlebt und was wir (an)getan haben.³ In einem auf «emotionaler Trauer» fußenden Gedenken könnte möglich werden, was Şeyla Benhabib die «Kultivierung einer erweiterten Denkungsart» nennt: Unterschiede werden anerkannt, und die gemeinsame Menschenwürde wird respektiert.⁴ Es ist eine wichtige Frage, wie gesellschaftliche Konstellationen so verändert werden können, dass «emotionale Trauer» einen politischen Raum öffnet und nicht umgekehrt Symbolpolitik Trauer missbraucht.

II DIE STIMME DER ANDEREN

Dem Berliner *Tagesspiegel* war zu entnehmen, dass der Vater des Mordopfers Halit Yozgat auf der staatlichen Gedenkveranstaltung zunächst nicht sprechen sollte. Erst nachdem İsmail Yozgat gedroht habe, so der *Tagesspiegel*, dennoch das Wort an sich zu reißen, und dank der Vermittlung von Barbara John, der Ombudsfrau für die Hinterbliebenen der NSU-Opfer, habe er seine Rede doch noch halten dürfen.⁵

Dass die Rede des Vaters nicht vorgesehen war, ließe sich von der Seite der Organisatoren sicherlich vielfach begründen. Und zwar ganz unverdächtig, weil formal. Formale Gründe aber können eine Methode sein, die Stimme der Anderen zum Schweigen zu bringen. Eine ebenso effiziente wie hypokritische Methode. Effizient, weil es scheinbar nur um das Wie geht und nicht um das Was. Hypokritisch, weil das Was über das Wie beschnitten wird, wenn es nicht sein darf. Einige AutorInnen, die Pionierarbeit in der Erforschung

des Kolonialismus geleistet haben, Frantz Fanon etwa, haben es mitunter gerade durch eine für die Wissenschaft untypische, vielleicht sogar unzulässige Sprache geschafft, aus einer Epistemologie auszubrechen, die über Methode und Formalität machtbasierte Ungleichheit gar nicht registrieren kann und deshalb reproduziert. So wurde beispielsweise Fanons Dissertation «Schwarze Haut, weiße Masken» – heute ein Grundlagenwerk der kolonial- und rassismuskritischen Forschung – aus formalen Gründen nicht zugelassen.⁶

Viele formale Gründe kann es geben, weshalb bei einer so großen, so medienwirksamen und als repräsentativ inszenierten Gelegenheit eine Rede nicht vorgesehen ist oder nicht zugelassen wird. Es wäre denkbar, dass sie nicht mehr in den Zeitplan passte, weil das aufwendige Programm bereits stand. Vielleicht war das Programm schon verschickt worden, die Deadline der Ankündigung war überschritten, oder eine Übersetzung war im Budget nicht vorgesehen. Oder das Verhältnis von Opferangehörigen und politischen RepräsentantInnen bzw. das Verhältnis zwischen Frauen und Männern auf der Bühne hätte dann nicht mehr gestimmt – es gibt viele plausible Gründe.

Hinter formalen Gründen liegt, wenn es um das Sprechen der Anderen geht, häufig ein allgemeines Muster. Einige AutorInnen und WissenschaftlerInnen – erschüttert nach dem Auffliegen des NSU – begannen zu recherchieren und erste Aufsätze zu schreiben. Ihre Publikationen wiesen die Verantwortlichen von Zeitungen oder wissenschaftlichen Zeitschriften in aller Regel mit zwei Begründungen zurück: Erstens, das Thema «Rechtsextremismus» sei nicht quotentauglich, zweitens würden sie nicht «objektiv» sein können bei dieser Sache, weil sie selbst aus einem Migrationskontext stammten. Grada Kilomba hat schon vor einigen Jahren in ihren «Plantation Memories» die Aussage, ihre Arbeit sei zwar interessant, aber nicht wissenschaftlich, zutreffend charakterisiert: «Solche Statements wirken wie eine Maske, sie bringen unsere Stimmen zum Schweigen, sobald wir sprechen. Sie erlauben dem *weißen* Subjekt, unsere Diskurse zurück an die Ränder zu drängen, als abweichendes Wissen, während ihre Diskurse im Zentrum bleiben, als Norm. Wenn sie sprechen, ist es wissenschaftlich, wenn wir sprechen, ist es unwissenschaftlich; universell/spezifisch; objektiv/subjektiv; neutral/persönlich; rational/emotional; unparteiisch/parteiisch; sie haben Fakten, wir haben Meinungen; sie haben Wissen, wir haben Erfahrung.»⁷

Umso bemerkenswerter ist, dass İsmail Yozgat seine Rede dennoch hielt. Nur wurde seine Stimme im Prozess des Übersetzens gezähmt. Die Autorin Mely Kiyak veröffentlichte in ihrer Kolumne in der *Frankfurter Rundschau* eine eigene Übersetzung der Rede und kommentierte die Übersetzung auf der Gedenkveranstaltung: «So steht nun überall, dass Familie Yozgat ‹um seelischen Beistand› bittet. Herr Yozgat hat so etwas weder erwähnt noch verlangt. Beistand erfuhren sie in Kassel-Baunatal. Kassel-Baunatal und nicht, wie auch überall zu lesen ist, ‹meine Heimatstadt Kassel-Baunatal);

² Gebauer, Guido/Taureck, Bernhard/Ziegler, Thomas: Ausländerfeindschaft ist Zukunftsfeindschaft. Plädoyer für eine kulturintegrative Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1993, S. 8.
³ Vgl. Butler, Judith: Raster des Krieges. Warum wir nicht jedes Leid beklagen, Frankfurt a. M./New York 2010. ⁴ Vgl. Benhabib, Seyla: Gleichheit und Differenz. Die Würde des Menschen und die Souveränitätsansprüche der Völker im Spiegel der politischen Moderne, Leopold-Lucas-Preisvortrag, Tübingen, 8. Mai 2012. ⁵ Lehmann, Armin: Barbara John verhinderte Eklat, in: Der Tagesspiegel, 24.2.2012, unter: www.tagesspiegel.de/politik/gedenkveranstaltung-fuer-nazi-opfer-barbara-john-verhinderte-eklat/6249896.html (abgerufen am 29.10.2013). ⁶ Vgl. Fanon, Frantz: Peau Noire, Masques Blancs, Paris 1952. ⁷ Kilomba, Grada: Plantation Memories. Episodes of Everyday Racism, Münster 2008, S. 28, Übersetzung des Autors.

die Dolmetscherin meinte unbedingt hier und da hinzudichten zu müssen. Vielleicht hielt sie Herrn Yozgats Worte nicht für gehaltvoll genug. Er begrüßte auch keine «Exzellenzen» und schon gar nicht «vor allem unsere Bundeskanzlerin Frau Angela Merkel».»⁸ Die «nicht vorgesehene Rede» war «Lost in Translation», ihr Inhalt veränderte sich, irritierte weniger, klang devot, wie es die Hierarchie verlangt, wenn ein türkeistämmiger Besitzer eines Internetcafés vor die Bundeskanzlerin tritt. Es gibt jedoch Risse in der Ordnung. Durch so einen Riss ist Yozgats Rede geschlüpft und in die *Frankfurter Rundschau* gelangt.

Die Hürden, die İsmail Yozgat nehmen musste, bevor er seine Rede halten konnte, entstammen einem in Anlehnung an Althusser hier so genannten «bürokratisch-rassistischen Staatsapparat».»⁹ Er drückt sich aus als Set bürokratischer Regeln, deren Einhaltung stets institutionell verfolgt und im Falle der Nichteinhaltung sanktioniert wird – zum Beispiel Strafzettel beim Parken im Halteverbot, ordnungsgemäße Buchführung, Einhalten von Fristen etc. In seiner Wirkungsweise ist dieser bürokratische Apparat rassistisch strukturiert, weil eine Gewichtung der Regeln im bürokratischen Regelwerk stattfindet, die oftmals Ideologien der Ungleichwertigkeit folgt (wenn auch in den seltensten Fällen explizit, gewollt oder auch nur bewusst). Die Geschichte der Ermittlungen bei den NSU-Morden ist ein Beispiel par excellence für die Funktionsweise dieses Apparats.

In ihren Erinnerungen an den Vater, seine Ermordung und die Jahre, in denen ihre Familie von den Ermittlern verdächtigt wurde, zeigt Semiya Şimşek ganz nebenbei auf, dass ihr Vater immer wieder mit dem bürokratischen Apparat konfrontiert war. Das begann lange vor seinem Tod und hielt auch danach noch an. Şimşek beschreibt, wie Polizisten regelmäßig überprüfen, ob der Vater eine Genehmigung für seinen Blumenstand hatte, und wie sie sein Geschäft währenddessen blockierten. Sie schildert eine Szene, in der sich ihr Vater weigerte zusammenzupacken und die Polizisten alle Blumen beschlagnahmten: «Die Ware musste «sichergestellt» werden, so nannten die Beamten das in ihrem Bericht. «Überschreitung der gesetzlich erlaubten Verkaufszeiten», «Nicht im Besitz einer Genehmigung nach dem Bundesfernstraßengesetz», «Unerlaubte Ausdehnung der mit Sondernutzungserlaubnis zugewiesenen Fläche».»¹⁰ Das bürokratische Regelwerk scheint hier von den jeweils Zuständigen so gewichtet worden zu sein, dass die Arbeit des («türkischen») Blumenhändlers erschwert wurde.

Anders war es bei den Ermittlungen zur Ermordung desselben Blumenhändlers: Ein inhaftierter Drogendealer hatte ausgesagt, dass Şimşek Mittel zum Strecken von Heroin transportiert habe. Jahrelang folgte die Polizei dieser Fährte, obwohl ein einfacher, routinemäßiger «Faktencheck» die Widersprüchlichkeit und Falschheit der Aussage belegt hätte. In diesem Fall wurde allerdings das bürokratische Regelwerk so gewichtet, dass ein Faktencheck nicht stattfand – vielleicht weil die Beamten es für naheliegend hielten, dass ein türkeistämmiger Blumenhändler auch Drogenkurier war. Auf der anderen Seite hatte die Polizei bei einer Durchsichtung Kontoauszüge und Rechnungen beschlagnahmt. Ihr fiel auf, dass nicht alles steuerlich korrekt war, und sie leitete ein Verfahren ein: «Dies also war die Bilanz der Ermittlungen im Mordfall Enver Şimşek», schreibt die Tochter, «sie suchten seinen Mörder und fanden Steuerschulden.»¹¹ Die Gewichtung von Regeln, sei es bei einer Rede oder bei Ermittlungen in einem Mordfall, sind nicht bloß «Pannen», sie

fallen für dieselben Gruppen systematisch negativ aus. Der bürokratische Apparat wirkt rassistisch. Gründe hierfür sind sicherlich mitunter in der Sozialisation (Schule als ideologischer Staatsapparat) und in Mediendiskursen (Informationsapparat) zu suchen.

Welchen verheerenden Einfluss Medien haben können, offenbarte sich in einer Aussage von Wolfgang Cremer, Direktor beim Bundesnachrichtendienst. Über seine Ermittlungen zu den TäterInnen des Nagelbombenanschlags im Juni 2004 in der Kölner Keupstraße, von denen wir heute wissen, dass es sich um das NSU-Trio handelte, zitiert ihn Kiyak: «Ich gestehe, dass ich Rechtsextremismus in Betracht zog, aber durch Berichte der Medien über organisierte Kriminalität habe ich mich davon wieder abbringen lassen.»¹²

Unzählige Beispiele für den bürokratisch-rassistischen Staatsapparat ließen sich finden: Weshalb etwa wählte das Oberlandesgericht München für den NSU-Prozess einen so kleinen Gerichtssaal, dass erst die türkischen Medien keinen Platz bekamen und nach einer neuen Verlosung der Plätze die wichtigsten meinungsbildenden Medien Deutschlands ausgeschlossen wurden, darunter die *Süddeutsche Zeitung*, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und die *Zeit*? Im Fall der RAF wurden für den Prozess eigene Hallen gebaut. Es bleibt die Hoffnung, dass der bürokratisch-rassistische Staatsapparat nicht immer bestimmend bleiben muss – das bestätigt auch die Tatsache, dass İsmail Yozgat seine Rede am Ende doch noch gehalten hat.

III VOM «SORGFÄLTIGEN ABWÄGEN»

İsmail Yozgat hat sich trotz aller Hürden Gehör verschafft. Das hat viele Menschen gestärkt, weil durch seine Perspektive auch ihre Perspektive in den dominanten Diskurs Eingang gefunden hat, zumindest partiell. Und doch: Die Forderung von İsmail Yozgat blieb unerfüllt. Sein Sohn wurde in der Holländischen Straße 82 in Kassel in seinem Internetcafé erschossen. İsmail Yozgat hat sich den Weg ans Mikrofon, an die Hörbarkeit, freigekämpft und der Kanzlerin und der ganzen Nation gegenüber einen Wunsch ausgesprochen. Er hat gesagt, wir wollen kein Geld, wir wollen, dass die Holländische Straße umbenannt wird in Halit-Straße. Doch mit dieser Bitte stieß er in Kassel auf Widerstand: «Wie ein Ort des Andenkens aussehen kann und wo er sein wird, muss auf einer breiten gesellschaftlichen Basis beruhen» und muss «sorgfältig abgewogen» werden, zitierte die *tageszeitung* den Bürgermeister der Stadt Kassel, Jürgen Kaiser.¹³ İsmail Yozgat sagte der *tageszeitung* in diesem Zusammenhang: «Es ist eine Schande, dass noch darüber diskutiert wird, ob die Straße umbenannt werden sollte oder nicht. Hätten die Herrschaften weiter diskutiert, wenn ihr Sohn in dieser Straße in ihren Armen gestorben wäre?»

Niemand, der sich in die Trauer eines Vaters, der seinen Sohn verloren hat, und das auf diese Weise, hineinversetzt, wird an dieser Stelle «sorgfältig abwägen». Doch weshalb, muss gefragt werden, können sich «die Herrschaften» nicht

⁸ Kiyak, Mely: Lieber İsmail Yozgat!, in: *Frankfurter Rundschau*, 25.2.2012, unter: www.fr-online.de/meinung/kolumne-lieber-ismail-yozgat,1472602,11702460.html (abgerufen am 29.10.2013). ⁹ Vgl. Althusser, Louis: *Idéologie et appareils idéologiques d'Etat. Notes pour une recherche*, in: *La Pensée* 151 (1970); eine deutsche Übersetzung findet sich unter: http://offene-uni.de/archiv/textz/textz_phil/louisalthusser.pdf (abgerufen am 29.10.2013). ¹⁰ Simsek, Semiya: *Schmerzliche Heimat*, Berlin 2013, S. 33. ¹¹ Ebd., S. 173. ¹² Mely Kiyak: Lieber NSU-Ausschuss, Teil 3, in: *Frankfurter Rundschau*, 7.7.2012., unter: www.berliner-zeitung.de/meinung/mely-kiyak-kolumne-lieber-nsu-ausschuss-teil-3-,10808020,16564924.html (abgerufen am 30.10.13). ¹³ Kassel sperrt sich gegen eine große «Halit»-Straße, *taz*, 16.3.2012, unter: www.taz.de/189796/ (abgerufen am 29.10.2013).

in die Lage versetzen? Nicht weil der Schmerz unvorstellbar ist, denn das hätte Achtsamkeit zur Folge. Die Lebenswelt des Ermordeten ist zu weit weg, überdeckt von Stigmata, unter denen der Mensch kaum noch kenntlich ist. Niemand wird leugnen, dass da ein Mensch getötet wurde. Aber weshalb ist Gewalt gegen manche Gruppen von Menschen weniger schlimm als gegen andere? Weil diese Personen weniger als Menschen wahrgenommen werden? Ist es nicht genau diese Entwertung, die İsmail Yozgat zu Recht so empörte? Was ist es genau, das hier «sorgfältig abgewogen» wird? Ist eine Holländische Straße zu gut für einen Halit?

In Judith Butlers Terminologie ausgedrückt: Das Leben Halits ist nicht «betrauenswert» oder nicht in dem Maße betrauenswert, dass eine Straße nach ihm benannt werden müsste. Hier findet eine Enteignung von Trauer statt, wenn ihr mit «sorgfältigem Abwägen» begegnet wird – sorgfältig abgewogene Trauer ist ein Oxymoron. «Abwägen» kann ein (mikro-)ökonomisches Verfahren sein, das philosophisch im Utilitarismus wurzelt. Dann würde der Nutzen der Auseinandersetzung mit dem Mord gegen den Nutzen der Bewahrung eines «Selbst- und Weltverständnisses» abgewogen. Ein mikroökonomisches Kalkül fragt in diesem Fall: Wie viel meines Selbst- und Weltbildes bin ich bereit, für eine marginale zusätzliche Auseinandersetzung mit dem Mord einzutauschen. Ich möchte dieses Phänomen als die «Grenzrate der Substitution des Gedenkens» bezeichnen. Sofern von einer individuellen und nicht von einer kollektiven Rationalität ausgegangen wird, schätzt man die Auseinandersetzung als wenig wertvoll ein, während eine Instandhaltung des Selbst- und Weltbildes zunächst sicherlich höher bewertet wird. Folglich gibt es für eine marginale zusätzliche Auseinandersetzung mit den Morden – also die Anerkennung des Getöteten als Mensch und als Betrauenswürdiger – nur eine sehr geringe (bis gar keine) Bereitschaft und das Individuum möchte so viel wie möglich Auseinandersetzung mit Instandhaltung substituieren.¹⁴ Ein solches Kalkül zieht in der Tat eine Enteignung der Trauer nach sich.

Ein anderes Beispiel: Nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen, bei dem im August 1992 unter dem Jubel der Bevölkerung die Zentrale Aufnahmestelle für Asylsuchende und ein Haus, in dem überwiegend ehemalige vietnamesische VertragsarbeiterInnen lebten, angezündet wurden, besuchte die damalige Bundesjugendministerin Angela Merkel Jugendliche in einem Rostocker «Jugendklub» – auf Fotos ist sie mit kahl rasierten jungen Männern zu sehen –, und nicht etwa die angegriffenen Familien. Das Pogrom und die zahlreichen anderen An- und Übergriffe zu Beginn der 1990er Jahre wurden in der Folge zum Anlass genommen, das Grundrecht auf Asyl de facto abzuschaffen. Neonazis, so scheint es fast, «feierten» das genau zwei Tage nach der Abstimmung im Bundestag, indem sie Mitglieder zweier türkischer Familien in Solingen durch einen Brandanschlag ermordeten. Im bereits oben zitierten «Plädoyer» schreiben Gebauer, Taureck und Ziegler: «Organisierte ausländerfeindliche Gewalt ist offenbar auch in der Lage, grundgesetzwidrige Verfassungsänderungen zu beschleunigen. Im Widerspruch zur bisherigen politischen Strategie des Nichtnachgebens gegenüber terroristischen Erpressungsversuchen wirkt die Beschränkung des Asylrechts wie ein Erfolg derer, die gegenüber Ausländern zur Anwendung von Gewalt bereit sind.»¹⁵

Das Phänomen der Täter-Opfer-Umkehr ist für den Diskriminierungskontext typisch – die eingesessene Bevölkerung (einschließlich der Neonazis) ist hier Opfer, die von zu

raschen gesellschaftlichen Umbrüchen überwältigt wurde, und die Asylsuchenden sind TäterInnen, die in den bürgerlichen Frieden dieser Menschen eingedrungen sind. Dabei hat niemand die Gewalt gegen MigrantInnen – die von der applaudierenden Bevölkerung wie vom Bundestag in der Quasi-Abschaffung des Asylgesetzes anscheinend gleichgesetzt wurden – geleugnet. Dem gesellschaftlichen Umgang mit dieser Gewalt ist allerdings eine Bewertung implizit: Die Gewalt gegen Flüchtlinge ist weniger furchtbar als die Komplexität, mit der die Rostocker Bevölkerung konfrontiert war. In Anbetracht der Lebensgefahr, der die ehemaligen VertragsarbeiterInnen ausgesetzt waren, muss ihr Verlust – verglichen mit den «Verwirrungen» der von Merkel besuchten Jugendlichen – verkraftbar gewesen sein.

Wenn im Zusammenhang von Menschenverachtung, Pogrom und rassistischer Gewalt «sorgfältig abgewogen» wird, wird abgewogen, wie sehr Halit Yozgat und die VietnamesInnen aus dem «Sonnenblumenhaus» – wie das ehemalige Wohnheim aufgrund einer großen Sonnenblume auf der Fassade genannt wird – in ihrem Menschsein akzeptiert werden. Unter diesem Gesichtspunkt ist ein solches «Abwägen» näher an den TäterInnen als an den Opfern: Die Opfer wurden getötet nicht als «Individuen», sondern als «Exemplare» der Kategorie «Migration» und damit entindividualisiert, «gleichgemacht».¹⁶ Eine Abwägung ist nur zwischen «Exemplaren» möglich, niemals zwischen Individuen: Ein Gedenken, das in diesem Raum stattfindet, muss näher an TäterInnen als an Opfern bleiben.

Bei der Gedenkfeier in Rostock-Lichtenhagen hielt der deutschasiatische Politikwissenschaftler Kien Nghi Ha eine Rede, in der er ein Gedenken aus der Perspektive der VietnamesInnen einforderte: «Für mich, für uns, ist es wichtig, die Aufarbeitung von Rostock-Lichtenhagen nicht nur aus einer weißen deutschen Dominanzperspektive zu machen und das Schweigen dort zu brechen, sondern auch unsere eigene Geschichte wieder zu entdecken und diese Geschichte anzueignen.»¹⁷ Ein Video auf Youtube zeigt Aufnahmen von der Gedenkfeier 2012, die einen Tag nach Has Rede stattfand: Ein Kinderchor steht auf einer großen Bühne mit der Aufschrift «Rostock für Vielfalt und Toleranz» und singt das alte deutsche Kinderlied «Wenn du fröhlich bist, dann klatsche in die Hand (klatsch, klatsch)», vor der Bühne sind Bier- und Wurststände zu sehen, in einem Pavillon sitzt der Bundespräsident und schaut dem Kinderchor zu. Das Filmteam interviewt zwei Schwarze Männer, die von der Polizei nicht eingelassen wurden, obwohl sie eine Einladung des Bürgermeisters vorweisen konnten – es handelt sich um zwei Mitglieder des deutschafrikanischen Freundeskreises Daraja.

Die Opfer rassistischer Gewalt im Allgemeinen und die VietnamesInnen aus dem «Sonnenblumenhaus» im Besonderen scheinen bei der Gedenkveranstaltung nicht von Bedeutung zu sein. Es findet ein Volksfest statt, ohne die Personen, die angegriffen wurden. Eine Gedenktafel wird angebracht, aber ohne dass die VietnamesInnen darauf erwähnt würden. Es wird hier mehr ausgeblendet als erinnert. Umso überzeugender ist Kien Nghi Ha in seiner Trauer und Wut, wenn er an

¹⁴ Für eine mikroökonomische Optimierung muss nach dem Preis der Auseinandersetzung und nach dem Preis der Instandhaltung gefragt werden, da im Optimum die Grenzrate der Substitution dem Preisverhältnis entspricht. Hier gilt es zwischen kurzfristigen und langfristigen Effekten und einer individuellen sowie sozialen Wohlfahrt zu unterscheiden. Für eine solche Analyse ist dies allerdings nicht der Ort. ¹⁵ Gebauer/Taureck/Ziegler: Ausländerfeindschaft. ¹⁶ Adorno, Theodor: Negative Dialektik. Jargon der Eigentlichkeit, Frankfurt a. M. 2003 [1970], S. 193. ¹⁷ Ha, Kien Nghi: Ich bin hier, weil ihr hier seid, unter: www.youtube.com/watch?v=qMH9WLQkqo (abgerufen am 29.10.2013).

gesichts eines allzu lauten Publikums ins Mikrofon schreit: «Hört mir zu, hier spielt die Musik, ich habe zwanzig Jahre auf diesen Augenblick gewartet, und jetzt will ich, dass ihr mir zuhört.» In diesem Ausruf und dem Verlangen danach, die «eigene Geschichte zu entdecken und wieder anzueignen», steckt etwas, was ein Gedenken aus der Perspektive der Angegriffenen sein könnte. Hier wird nicht die Frage gestellt, warum und unter welchen Umständen die deutsche Bevölkerung in Rostock-Lichtenhagen dazu fähig war, so etwas zu tun, sondern hier wird gefragt: Wie kamen die VietnamesInnen dorthin? In welchen Verhältnissen haben sie gelebt? Wie sind sie mit dem Angriff – währenddessen und danach – umgegangen? Wo leben sie heute? Was bedeutet all das für andere VietnamesInnen und AsiatInnen bzw. andere Menschen in Deutschland, die rassistischer Gewalt und einer missachtenden Ökonomie des Gedenkens ausgesetzt sind? Und auch: Was könnte das für Menschen bedeuten, deren familiäre und nationale Geschichte nicht unwesentlich beeinflusst wurde von rassistischer Gewalt, die in Zusammenhang mit Deutschland steht, etwa als Kolonialmacht?

IV NAMIBIA: GEDENKEN ALS GEWALT

Auf dem Gebiet des heutigen Namibia existierte von 1884 bis 1915 die Kolonie Deutsch-Südwestafrika. Zwischen 1904 und 1908 führten die Deutschen dort Krieg gegen die Herero und Nama. Nach dem «Vernichtungsbefehl» des Kommandeurs der deutschen Truppen, General Lothar von Trotha, wurden große Teile der afrikanischen Bevölkerung in jener Region getötet. Auf der Haifischinsel, in der Nähe der Lüderitzbucht, einem kleinen Ort an der atlantischen Küste, entstanden im Krieg erste Konzentrationslager für die gefangen genommenen Herero und Nama; einige Tausend starben durch Zwangsarbeit oder Vernachlässigung. Gebeine der Opfer wurden, nachdem ihre Angehörigen sie auf Geheiß der Deutschen von Fleisch- und Geweberesten gesäubert hatten, für «Forschungszwecke» nach Deutschland gebracht. Dort versuchte Eugen Fischer, der später berühmte Naziarzt, anhand der Schädel die Unterlegenheit der «schwarzen Rasse» nachzuweisen. Bis heute wurde keine angemessene Form des Gedenkens an die Opfer dieses Genozids gefunden.

Ende September 2011 reiste eine 73-köpfige Delegation aus Namibia nach Berlin, um elf Nama- und neun Herero-Schädel aus dem Centrum für Anatomie der Charité entgegenzunehmen. Das Magazin *freitext* veröffentlichte in der Frühjahrsausgabe 2012 einen Pressespiegel namibischer Zeitungen.¹⁸ Die Auszüge machen deutlich, dass die Delegation und mit ihr ganz Namibia zunächst von einem «großen Augenblick» ausging und sich dann respektlos behandelt fühlte: Die Reisekosten übernahm Namibia, es fand keine Begrüßung der Delegation auf gleicher Ranghöhe statt, die einzige Staatsministerin, die bei der Übergabe anwesend war – Cornelia Pieper –, entschuldigte sich nicht für die Gräueltaten und verließ die Veranstaltung noch bevor Minister Kazenambo Kazenambo seine Rede gehalten hatte. Dabei kann die Bedeutung der Rückführung für die namibische Seite kaum überschätzt werden: «Der 4. Oktober 2011 war ein gigantischer Tag für das unabhängige Namibia. Das Land wurde Zeuge der Rückkehr von zwanzig menschlichen Schädeln, die aus diesem Nationalstaat für Studien nach Deutschland gebracht wurden, um zu belegen, dass Schwarze angeblich minderwertig gegenüber Weißen sind.»¹⁹ Eine Chance zu gedenken wurde vertan und endete stattdessen in einem Akt der Missachtung.

Auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE antwortete die Bundesregierung, dass die «Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes» vom 9. Dezember 1948 nicht rückwirkend gelte. Die Bundesregierung müsse den Völkermord folglich nicht anerkennen, werde ihrer moralischen Verantwortung aber gerecht, indem sie «Entwicklungshilfe» leiste.²⁰ Gedenken bzw. Nichtgedenken als Ergebnis eines ökonomischen Kalküls – ein «sorgfältiges Abwägen» auch hier. Das Gedenken fand auf deutscher Seite ganz offensichtlich nicht aus einer emotionalen Notwendigkeit heraus statt, sonst wäre der Umgang mit der namibischen Delegation achtsamer gewesen. Auch ging es nicht darum, aus der Vergangenheit zu lernen, sonst würden die Kontinuitäten in Biografien (z. B. Eugen Fischer) und Verfahren (z. B. Konzentrationslager) zwischen der Kolonialherrschaft und der Shoa nicht ausgeblendet werden.

Gedenken (ohne «emotionale Trauer») könnte in diesem Kalkül letztlich ein Mittel zur Imagepflege sein: «Entwicklungshilfe» wird mit Großherzigkeit konnotiert. Würde die Bundesregierung eingestehen, dass es sich bei der Ermordung der Herero und Nama um einen Genozid gehandelt hat, müsste sie auch eingestehen, dass über 100 Jahre lang eine wie auch immer geartete Aufarbeitung verweigert wurde. Für den «Standort», der sich damit rühmt, besonders viel Wert auf «Vergangenheitsbewältigung» zu legen, wäre das verheerend.

Die Standortproblematik war auch in der Debatte um Rostock-Lichtenhagen ein wichtiges Thema: Wie steht Deutschland nun im Ausland da? Was bedeutet das für die «Attraktivität» der neuen Bundesländer?

V TRAUER ALS POLITISCHE RESSOURCE – EIN RICHTUNGSWECHSEL DES GEDENKENS

Öffentliche Veranstaltungen zum Gedenken an Opfer rassistischer Gewalt finden, wie geschildert, meist nicht aus der Perspektive der Opfer statt. Das Gedenken folgt selten einem intrinsischen Bedürfnis, sondern oftmals eher einem ökonomischen Kalkül, das entweder (makroökonomisch) auf die Aufwertung des (Wirtschafts-)Standorts und der nationalen Identität zielt oder (mikroökonomisch) individuelle Einzelnutzen der Mehrheitsgesellschaft (zum Schaden eines kollektiven Nutzens) maximiert. Dabei spiegelt sich häufig noch im Gedenken selbst die Wirkmächtigkeit eines bürokratischen Apparats, der in einem Zusammenhang mit der Gewalt steht, deren Opfern gedacht werden soll, und diese Gewalt unter Umständen sogar weiterführt.

Wenn die Gesellschaft, also die BürgerInnen, sowie Politik und Verwaltung die Perspektive der Trauernden zulassen würden, könnte diese «emotionale Trauer» auch eine politische Ressource sein, weil sie die Bedeutung des Anderen für uns ausdrückt. Bei einem Gedenken an die Opfer rassistischer Gewalt stellt die «emotionale Trauer» das Menschliche ins Zentrum. So lässt sich das Gedenken nicht instrumentalisieren für eine bestimmte Maßnahme, eine unmittelbare politische Forderung oder für eine Imagekampagne des Staates. Und doch hat gerade dieses radikal menschliche Gedenken eine mächtige (und entmachtende) politische Dimension, weil sie aus «Exemplaren» wieder Individuen

¹⁸ Vgl. Elmenthaler, Sophie: Versöhnung minus Gerechtigkeit gleich schlecht, in: *freitext* 19 (2012). ¹⁹ Job Shipululo Amupanda, in: *New Era*, 5.10.2011, S. 21. ²⁰ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Niema Movassat, Wolfgang Gehrcke, Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/10407.

macht. Und weil sie fähig ist, die Entmenschlichung partiell rückgängig zu machen, die über Diskurs und Sozialisation bereits stattgefunden und so überhaupt erst ein rassistisches Morden ermöglicht hat. Jenseits eines «sorgfältigen Abwägens» kann ein Gedenken aus Trauer und politischem Zorn heraus in seiner Indiskutabilität und Unkorruptierbarkeit die Reduzierung der Angegriffenen auf Exemplare einer Kategorie teilweise aufheben. So können sie – in memo-

riam – zurückgeführt werden zu ihrem Sein als Individuen, als Menschen.

Deniz Utlu lebt als freier Autor in Berlin. Er gibt das Kultur- und Gesellschaftsmagazin *freitext* (www.freitext.com) heraus. 2014 erscheint sein erster Roman, «Die Ungehaltenen».

STANDPUNKTE

12/2013

PETER DAHLGREN

Verbessern soziale Medien die demokratische Partizipation?

11/2013

CORNELIA HILDEBRANDT/JOCHEN WEICHOLD

Bundestagswahl 2013:

Wahlprogramme der Parteien im Vergleich

10/2013

MICHAEL SCHLECHT

Deutschland gefährdet Europa

09/2013

CORNELIA HILDEBRANDT/HORST KAHRS/
HARALD PÄTZOLT

Nach acht Jahren Merkel: No trouble?

08/2013

GÜNTHER SALZ

Müll für Menschen

07/2013

MARIO CANDEIAS

No Exit – Falsche Gegensätze in der Euro-Debatte

06/2013

THOMAS SABLowski / ETIENNE SCHNEIDER

Verarmung made in Frankfurt/M.

05/2013

LÜHR HENKEN / PETER STRUTYNSKI

Händler des Todes

04/2013

JUDITH DELLHEIM / FRIEDER OTTO WOLF /
GABI ZIMMER

Offene Fragen zu Europa

03/2013

ULRICH BRAND / ULLA LÖTZER /
MICHAEL MÜLLER / MICHAEL POPP

Big Business Emissionshandel

02/2013

CHRISTOPH NITZ

Gegen Mittelmaß und Murks

01/2013

MERCEDES BUNZ

Ein Besuch beim neuen Monster

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V.i.S.d.P.: Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)

Redaktionsschluss: Oktober 2013

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling